



Die Romands erhalten wohl bald einen Sitz mehr im **Berner Kantonsparlament**

Heute beginnt die Herbstsession des Grossen Rates. Auf der Traktandenliste steht auch eine Gesetzesrevision, die den Romands im **Kanton Bern** gefallen wird.

Sébastien Goetschmann/pl

In der heute beginnenden Session wird sich der **Grosse Rat** unter anderem mit einer Revision des Gesetzes über die politischen Rechte befassen. Die vorgeschlagenen Änderungen haben direkten Einfluss auf die Zahl der französischsprachigen Parlamentsmitglieder aus dem Wahlkreis Biel-Seeland. Insgesamt 27 **Grossrätinnen** und **Grossräte** vertreten die Region in der **Kantonslegislative**. Heute sind für die Romands vier Mandate reserviert. Nach der Gesetzesrevision werden es wahrscheinlich fünf sein.

Kommt die Revision durch, werden den Französischsprachigen neu so viele Sitze garantiert, wie es ihrem prozentualen Anteil an der französisch- und der deutschsprachigen Bevölkerung entspricht. Bislang bekamen sie nur ihren prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Beobachter rechnen damit, dass die Gesetzesänderung vom Parlament einstimmig unterstützt wird. Auch der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Amtsbezirks Biel, der dieses Geschäft von Anfang an begleitet hat, ist über diese Entwicklung erfreut. «Da die französisch- und zweisprachige Bevölkerung in Biel wächst, entsprach die Berechnungsmethode nicht mehr der Realität», stellt Ariane Tonon, Präsidentin der Institution, fest.

Ziel ist es, den Anteil der Romands präziser einzugrenzen, damit sie im **Kantonsparlament** angemessen vertreten sind.

Auch gemischte Listen zählen

Gemäss der Strukturhebung des Bundesamtes für Statistik werden die Personen in fünf Sprachkategorien eingeteilt: «nur Französisch», «nur Deutsch», «Deutsch und Französisch», «weder Deutsch noch Französisch» und «Sprache nicht bekannt». Neu werden die Zweisprachigen je hälftig an die deutsch- und französischsprachigen Bevölkerungsanteile angerechnet. Fremdsprachige werden in dieser Verteilung nicht mehr berücksichtigt.

Bisher mussten die Romands ihre Ansprüche auf sprachlich getrennten Listen kenntlich machen. In Zukunft sollen die Garantiesitze der französischsprachigen Bevölkerung auch auf nicht nach Sprache getrennten Listen angerechnet werden. Das setzt allerdings voraus, dass die französischsprachigen Kandidatinnen und Kandidaten auf einer gemischten Liste ihre Sprache durch eine Selbstdeklaration kenntlich machen müssen.

Kleine Kompromisse

Wie bei jedem Gesetzestext mussten gewisse Kompromisse eingegangen werden. Im Vortrag des **Regierungsrats** heisst es:

«Scheidet eine französischsprachige Gewählte oder ein französischsprachiger Gewählter von einer nicht nach Sprachen getrennten Liste vor Ablauf der Amtsdauer aus oder lehnt er oder sie die Wahl ab, so kann die erste Ersatzperson oder eine der nächsten Ersatzpersonen der entsprechenden Liste nachrücken.»

In diesem Fall ist – im Gegensatz zum Nachrücken auf einer rein französischsprachigen Liste – der Sitzanspruch nicht mehr gewährleistet. Bis zum Ende der Legislatur könnte also ein Deutschsprachiger den Platz eines Französischsprachigen einnehmen.

«Aus pragmatischen Überlegungen wird eine grosse Mehrheit der Parlamentarier diese Regel akzeptieren», versichert der Bieler Sozialdemokrat Karim Saïd, Präsident der französischsprachigen Vertretung im **Grossen Rat**. «Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Rochade ist gering. Wir können dieses Risiko eingehen», ergänzt Ariane Tonon.

Beide hoffen, dass in Zukunft mehr Parteien eine rein französischsprachige Liste anbieten. Bisher haben dies nur der Parti Socialiste Romand und der Parti Radical Romand getan. Die SVP versuchte es 2022 zum ersten Mal, musste die Auswahl jedoch mit deutschsprachigen Kandidaturen vervollständigen.

Die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte ist das Ergebnis einer langen Vorarbeit

und sollte im Parlament nicht auf
allzu viel Widerstand stossen.



Die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte ermöglicht eine ausgewogene Vertretung der französischsprachigen Bevölkerung im **Grossen Rat**.

Bild: Stéphane Gerber/a